

Herrn
Staatsminister Hubert Aiwanger
Bayerisches Staatsministerium für
Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie
Prinzregentenstr. 28
80538 München

15.Juli 2021

Verehrter Herr Minister Aiwanger,

die CORONA-Pandemie hat uns nun seit inzwischen über achtzehn Monaten fest im Griff, auch wenn sich dieser gerade etwas zu lockern scheint. Dank der immer noch andauernden, mit einer epidemischen Notlage gerechtfertigten Grundrechteeinschränkungen und des damit einher gehenden, allgemeinen Notstandes, können Länder – und Bundesminister per Verordnungen durchregieren. Allen Entscheidungen, die auf diese Weise für uns, das Volk, getroffen wurden oder auch noch werden, stützen sich leider immer noch auf die Expertise von wenigen, handverlesenen Fachleuten d.h. Wissenschaftlern, die scheinbar allesamt die Fixierung auf die Ergebnisse von PCR-Tests und sich daraus ergebenden Inzidenzen, als Grundlage für alle Entscheidungen für oder gegen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie betrachten. Soweit jedenfalls der Eindruck, der uns nun seit Beginn der Pandemie von Politikern fast aller Parteien, deren Gesundheitsexperten und den etablierten Medien in TV, Presse und Internet vermittelt wird.

Vorbereitet werden alle relevanten Entscheidungen in geschlossenen Zirkeln, wir haben Keinen Einblick, wie diese Entscheidungen zustande kommen und wer möglicherweise intern, welche Kritik am möglichen Ergebnis und den Auswirkungen der jeweiligen Entscheidung übt.

Sämtliche Gremien, die damit befasst sind, liefern, trotz gelegentlicher, dem Geltungsbedürfnis Einzelner geschuldeter Ausrutscher nach Außen ein geschlossenes und einheitliches Meinungsbild. Das ist doch sehr erstaunlich, haben wir es ja alle, Bürger wie Politiker, mit einer für uns neuen und unbekanntem Situation zu tun. In einer Demokratie wäre es doch ganz natürlich, wenn um die richtigen Entscheidungen in einer solchen Situation, über Parteigrenzen hinweg, in der Wissenschaft und auch innerhalb politischer Gruppierungen, so öffentlich wie kontrovers gestritten und gerungen werden würde. Davon kann keine Rede sein und offenbar will man das dem mündigen Bürger ersparen(?)

Von der Regierungsmeinung abweichende Haltungen und Auffassungen werden massiv bekämpft, unterdrückt und ignoriert. Menschen die solche Meinungen vertreten und öffentlich äußern, seien sie nun Politiker, Wissenschaftler, Ärzte, Publizisten, Journalisten, Richter, Künstler, Influencer oder ganz normale Bürger werden von und durch unsere Leitmedien, allen voran ARD und ZDF systematisch diffamiert, diskreditiert oder eben schlicht ignoriert, unabhängig davon ob Ihre Kritik plausibel, am Ende vielleicht zutreffend und damit möglicherweise wichtig ist. Der Meinungsraum ist derzeit in einem geradezu beängstigenden Ausmaß eingeschränkt. Auch hier gibt es natürlich Ausnahmen, die die Regel bestätigen.

Die Presse, hat ein kluger Mann mal gesagt, ist der Wachhund der Gesellschaft, kritisch hinterfragend, vieles beleuchtend und infrage stellend was besonders Exekutive und Legislative in die Welt setzen. Unsere Presse, generell unsere Leitmedien, sind inzwischen zum Wachhund der Exekutive über das Volk mutiert. Dazu gehören einst so stolze wie kritische, journalistische vorgezeigte- und investigativ – Organe wie Spiegel und Süddeutsche Zeitung. Wie auch immer.

Im Augenblick liegt die durchschnittliche 7-Tage-Inzidenz in Bayern unter zehn Fällen pro 100.000 Einwohner. Da möchte man als aufmerksamer Mitbürger meinen, dass grundrechtseinschränkende Maßnahmen sich erübrigen und zeitnah beendet werden. Eine Mitarbeiterin für Öffentlichkeitsarbeit in der Staatsregierung, mit der ich Gelegenheit hatte, während eines Anrufs bezüglich dieser Frage beim CORONA-Info-Telefon letzte Woche zu sprechen, hat mich darüber aufgeklärt, dass die von Ministerpräsident Söder für Bayern erlassene und derzeit gültige Verordnung in Sachen Grundrechtseinschränkung nach wie vor gilt und dies erst dann nicht mehr tut, wenn der Ministerpräsident eine gegenteilige Verordnung erlässt.

Dass es also in dem Fall keinen Automatismus gibt, der bei Unterschreitung der festgelegten Inzidenzgrenzen selbstverständlich alle noch geltenden, die bürgerliche Freiheit einschränkenden Maßnahmen, unverzüglich beendet. Ganz im Gegenteil. In der letzten Bundestagssitzung vor der Sommerpause hat man spät abends im Bundestag mit der

Regierungsmehrheit und Stimmen der Opposition ganz in diesem Sinne ein Gesetz beschlossen , mit dem man den Ausnahmezustand selbst nach Wegfall der Voraussetzungen, nämlich der sog. epidemischen Lage nationaler Tragweite, quasi prophylaktisch, mindestens drei Monate weiter aufrecht erhalten kann. Warum?

Glaubt man denn allen Ernstes, dass man, so Ihrer Freiheit beraubte Bürger davon unberührt und unbelastet Ende September an die Wahlurnen schicken soll und kann? Ich denke nicht. Wenn uns ausschließlich unser Wahlrecht gelassen wird, etliche andere Grundrechte uns aber, inzwischen ohne Grundlage , weiterhin verwehrt werden , was sind wir denn dann ? Nichts weiter als Stimmvieh, das mit Maske und unter Einhaltung von Abstandsregeln zur Urne trotten darf, um möglichst den Status Quo zu zementieren, mehr aber nicht ! Mit Demokratie hat das alles wenig zu tun.

Grundrechte sind in Demokratien nicht nur eine Bezeichnung. Sie sind ein wertvolles Gut, machen jeden einzelnen Bürger zum Souverän und sind unveräußerlich. Niemand kann sie uns Heute weg nehmen und Morgen wieder geben, nach dem neuesten Söder'schen Motto „Grundrechte gegen Impfung“, auch wenn das von vielen Menschen, Dank entsprechender Darstellung in den Medien, inzwischen so geglaubt wird. Schlimm genug, dass in einer westlichen, freiheitlichen Demokratie wie der unseren, offenbar Menschen leben, die zwar Parlamente und damit auch Regierungen wählen aber über Ihre eigenen fundamentalen Bürger-Rechte so wenig wissen.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung , Bewegungsfreiheit , Versammlungsfreiheit , körperliche Unversehrtheit , Gesundheit, freie Ausübung des Berufes, um nur die wichtigsten zu nennen.

Was die körperliche Unversehrtheit angeht: Ich persönlich werde mir keinen, nicht hinlänglich durchgetesteten, neuartigen Impfstoff spritzen lassen, der lediglich über eine Notzulassung verfügt und eigentlich nur verabreicht werden kann, während und aufgrund einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite, die inzwischen nur noch behauptet wird und über keine ernstzunehmende Daten-Grundlage mehr verfügt. Und selbst wenn wir eine solche epidemische Lage noch hätten oder wieder bekämen, muss ich , als gesunder, mündiger und freier Bürger dieses Landes doch bitteschön vollkommen unbeeinflusst und aus freien Stücken entscheiden können, was ich mir spritzen lasse oder nicht. Meine persönliche Entscheidung darf auf gar keinen Fall Auswirkung auf meine o.g. Grundrechte haben. Sonst? Ja, sonst leben wir in Zukunft nicht mehr in einer Demokratie, sondern in einer Gesundheits-Diktatur.

Ich bin weder grundsätzlich Impfgegner, noch bin ich sogenannter Alu-Hut oder verschwörungs-gläubiger Querdenker , ich bin kein Covid-Leugner und gehöre auch nicht der rechten Szene an. Ganz und gar nicht ..Aber ich bin, wie viele andere Menschen, Betroffener.

Die Maßnahmen zur CORONA-Bekämpfung bedeuten für mich als Bühnenkünstler, seit inzwischen achtzehn Monaten, faktisch ein staatlich verhängtes Auftritts – ergo Berufsverbot. Wenn der Staat mir Das Grundrecht auf Ausübung meines Berufes entzieht, mich mit anderen Worten wirtschaftlich enteignet, muss er mich dafür finanziell adäquat entschädigen, was er bisher aber leider nicht getan hat.

Obwohl die Groß-Industrie , der Finanzsektor, einige Reiseveranstalter, Fluggesellschaften und Teile des größeren, mittelständischen Gewerbes, so wie wir alle, zwar mit Hygiene-Auflagen aber in Zeiten von Lock-Downs weder mit Arbeits- und Berufsverboten noch mit Betriebsschließungen, Fertigungs-Stops und damit einher gehend, finanziellem Total-Ausfall konfrontiert waren, sind aber trotzdem teilweise so reichlich Hilfen an diese , meist Aktiengesellschaften geflossen , dass auch noch deren Aktionäre in Form von Sonderdividenden etwas davon abbekommen haben.

Nun erwarte auch ich , für mich und meine zahlreichen betroffenen, solo-selbständigen Kollegen in der Kulturbranche aus unterschiedlichsten Gewerken und auf unterschiedlichsten Einkommensebenen, eine angemessene Entschädigung für jedes vertraglich vereinbarte und wg. Corona ausgefallene oder verschobene Gastspiel/Konzert/Engagement und die dadurch entgangene Gage. Wenn nicht das, dann wäre auch ein bedingungsloses Grundeinkommen für die Dauer des uns staatlich auferlegten Berufsverbotes diskutierbar. Aber bitte, speist uns nicht mit HartzIV oder Grundversorgung ab. In anderen EU-Ländern und der Schweiz ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Künstler und Kulturschaffende genauso behandelt werden wie alle anderen Berufsgruppen oder Markt-Teilnehmer auch. Ich hörte z.B. in der Schweiz von Ausfallhonoraren für wg. CORONA abgesagten Konzert-Tourneen in Höhe von 60% der entgangenen Einnahmen, die an betroffene Künstler ausbezahlt wurden und vermutlich auch noch werden. Davon können wir in Bayern und Deutschland nur träumen.

Wenn der Staat und das von ihm subventionierte Gesundheits- bzw. Impf-Syndikat mir , so wie momentan, auch im kommenden Herbst/Winter lediglich Konzerte mit strengem Hygiene-Konzept, Masken und Abstandsregeln erlaubt , sitze ich in den von mir bespielten Räumlichkeiten maximal fünfzig Menschen gegenüber , die wie Inseln im Raum verteilt, völlig verängstigt oder zumindest irritiert sind ob der Sitzordnung und der Maskenpflicht .

Abgesehen davon, dass sich der Aufwand für Werbung , Anfahrt, Aufbau und Konzert , für die so erzielbaren Eintrittseinnahmen weder für mich noch für den Veranstalter lohnen kann , funktioniert meine Show, meine Kunst vor allem eben in kleinen Räumen , wo das Publikum meist dicht gedrängt und ganz nah an der Bühne sitzt und mich so nah nicht nur sehen und hören sondern eben auch spüren kann. Genau das lässt sich aber unter CORONA – Bedingungen nicht realisieren, genauso wenig wie per Video-Fernschalte imitieren. Live ist eben Live .

Ich habe im letzten Jahr bereits insgesamt etwa 60 geplante und vertraglich vereinbarte Konzerte verschieben müssen, einige wenige musste ich ganz absagen. Verschoben habe ich teils ins Frühjahr und in den Herbst 2021 und ins Jahr 2022. Bereits im Februar diesen Jahres habe ich dann, schlimmes ahnend, begonnen etwa 45 zwischen März und Mai 2021 geplante Termine aufgrund der dann ja auch eingetretenen Lock-Down-Verlängerung ebenfalls zu verschieben, manche davon nun schon das zweite und dritte Mal.

Im Zuge dessen musste ich aus gleichem Grund eine CD-Veröffentlichung und den Start eines neuen Programmes auf unbestimmte Zeit vertagen. Ich habe alles an Hilfen beantragt und auch bekommen, was mit und ohne Steuerberater möglich und sinnvoll war, das deckt aber noch nicht einmal 1/6tel der entgangenen Einnahmen aus etwa 110 geplanten und vertraglich vereinbarten Konzerten zwischen März 2020 und Juli 2021 ab. Wenn kein Konzert stattfindet, werden für mich als Singer/Songwriter auch keine GEMA-Tantiemen generiert, auch die fehlen mir natürlich, sind aber in dieser Rechnung noch gar nicht enthalten, ganz zu schweigen von nicht stattfindenden CD-Verkäufen im Merchandising.

In unserem Metier werden Konzerte mindestens ein Jahr vor dem Gastspieltermin gebucht und vereinbart. Dank der von fast allen in Parlamenten vertretenen Parteien mitgetragenen CORONA-Politik nach Salami-Taktik, garniert mit Bundesnotbremse, fehlt vor allem die Planungssicherheit für Veranstalter, Künstler, Agenturen und alle die Menschen, die als Freiberufler in unserem Bereich tätig sind. Dasselbe gilt natürlich auch für das zahlende Publikum. Mitten im Sommer 2021 stehen wir alle wieder vor der bangen Frage, müssen wir unsere für den kommenden Herbst/Winter geplanten Tourneen und Engagements nun noch einmal verschieben oder gar gänzlich in den Wind schreiben? Mit jedem Tag an dem nun fleißig die Delta-Variante und mit ihr eine vierte Welle herbei spekuliert wird, wackelt unsere Planung für den Herbst mehr und mehr. Mir ist vollkommen klar, dass keiner in eine Kristallkugel blicken kann, um zu sehen was in Sachen CORONA noch kommen wird aber auch Ihnen muss klar sein, dass, sollte das so weiter gehen, eine große Zahl von Künstlern und anderen Beschäftigten in der Veranstaltungsbranche, Ihren Beruf mangels Einkünften nicht mehr ausüben und viele Ihre Familien nicht mehr ernähren können werden, sofern sie das jetzt überhaupt noch schaffen.

Eine Branche die unter normalen Bedingungen immerhin den dritthöchsten Anteil am Brutto-Inlands-Produkt erwirtschaftet, wird einfach ausgeblendet und förmlich weggehungert. Aber so ist das wohl in einem Land in dem die Lobbys allzu sehr den Ton angeben. Wer am lautesten schreit, der bekommt etwas. Die, die sich vornehm zurück halten, werden einfach ignoriert. Es ist die enttäuschende Kernerfahrung der letzten Monate, dass Kunst und Kultur und diejenigen, die damit ihren Lebensunterhalt verdienen, hierzulande so wenig Wertschätzung genießen.

Dass nun hie und da Großveranstaltungen in Hallen und Open Airs unter strengen Auflagen erlaubt werden, hilft auch wieder nur den Großen in der Branche und keinesfalls in der Breite. Sie und Ihre Kollegen in den anderen Bundesländern, von der Staatsministerin für Kultur in Berlin ganz zu schweigen, hatten inzwischen achtzehn Monate Zeit, über vernünftige und realitätsbezogene Lösungen auch in unserem Bereich nachzudenken und diese zu erarbeiten. Versprochen wurde uns viel, gehalten ziemlich wenig und wenn, dann grundsätzlich nur über massive bürokratische Hindernisse hinweg. Wir alle, die Künstler und Kulturschaffenden hatten in all dieser Zeit sehr viel Geduld. Geduld, die sich im Grunde die wenigsten von uns leisten konnten. Mir ist in der ganzen CORONA Zeit auch nie zu Ohren gekommen, dass Verwaltung und Staat mal nach unseren realen Bedürfnissen gefragt hätten. Zumindest um heraus zu finden, was für eine Art Hilfe für uns und in unserem Bereich wirklich sinnvoll wäre. Nein, man hat da lieber ungefragt und autoritär von oben verordnet und uns Hilfsangebote gestrickt, die nicht realitätsferner hätten sein können.

Jetzt liegt der Ball, salopp gesagt, einmal mehr bei Ihnen im Feld. Beim großen Sport, sind ja, wie man feststellen kann, europaweit großzügig bemessene Ausnahmen von, für Otto Normalverbraucher bindenden Auflagen möglich. Natürlich, Herr Söder und seine Kollegen sind vorsichtig und warnen lieber jetzt schon vor Mutanten.

Vor allem sollen jetzt, um die Impfquoten aufzubessern, die Kinder erhalten, die mit CORONA, inzwischen erwiesenermaßen weder als Virusträger noch als Erkrankte irgendetwas am Hut haben. Aber offenbar ist man das dem gewünschten Image als erfolgreicher Krisenmanager schuldig. Alle wollen möglichst nichts riskieren, welcher Politiker möchte das in diesen Tagen? Aber wenn das irgendwann vorbei ist und wenn auch Sie nach CORONA noch eine diverse, vielfältige, vielschichtige und blühende Kulturszene in Bayern und Deutschland vorfinden möchten und vor allem Menschen, die davon, so wie vor CORONA, gut leben konnten, dann müssten Sie und Ihre Kollegen in den Ländern und in Berlin, bei allem Respekt, jetzt das tun was überfällig ist: Entweder den CORONA-Ausnahmestand endlich beenden oder, sollte das wider allem gesunden Menschenverstand nicht erfolgen, noch einmal richtig viel Geld in die Hand nehmen und die Kulturbranche, Künstler und Solo-Selbständige für alle aber auch wirklich alle Ausfälle ohne Hintertüren und bürokratische Fallstricke, vernünftig entschädigen.

Und bitte – das sage ich Ihnen, der Sie Niederbayer sind, als ausgesprochen gerne in Niederbayern lebender Oberbayer! - Zeigen Sie als freier Wähler endlich Herrn Söder die rote Karte für seinen Umgang mit Freiheit und Demokratie in Bayern.

Ich grüße Sie herzlich

Michael Fitz